

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/210

3. November 1975

Hohe Ansprüche an die eigene Arbeit

-----  
Die Aussage des Mottos des SPD-Parteitages

Von Holger Börner MdB  
Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands

Seite 1 und 2 / 56 Zeilen

So nicht, Herr Carstens!

-----  
CDU/CSU-Fraktionschef mißachtet Urteil des Bundes-  
verfassungsgerichts

Von Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB  
Stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion

Seite 3 / 20 Zeilen

Wieder Ordnung im Äther?

-----  
In Genf stehen wichtige Entscheidungen über die  
Rundfunkfrequenzen an

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Seite 4 und 5 / 52 Zeilen

Portugal braucht Europa

-----  
Kritische Anmerkungen zur Hilfsbereitschaft in der EG

Seite 6 / 47 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5000 Bonn 12, Heussallee 5-10  
Postfach: 100 400  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 37 66 57 - 30  
Telex: 33 35 940 - 40 spbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5000 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 109-112, Telefon: 37 66 11

Hohe Ansprüche an die eigene Arbeit  
-----

Die Aussage des Mottos des SPD-Parteitagess

Von Holger Börner MdB

Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Mannheimer Parteitag der SPD steht unter dem Motto "Verantwortung für Deutschland: Freiheit - Sicherheit - Soziale Demokratie".

In Mannheim wird damit für jedermann klar bestätigt werden, daß die SPD ihre Verantwortung für Deutschland als Sicherung und - wo immer das möglich ist - Ausbau von Freiheit im Innern, Sicherheit im Innern und nach außen sowie sozialer Demokratie im Interesse der breiten Mehrheit unseres Volkes begreift und wahrnimmt.

Das Parteitagemotto faßt die Kernbereiche sozialdemokratischer Politik zusammen und es nennt die Zielsetzungen, die gerade auch in der Zeit führender Regierungsverantwortung zu "Markenzeichen" geworden sind, die mit der deutschen Sozialdemokratie unlösbar verbunden sind. Denn es waren Sozialdemokraten und Freie Demokraten, die zur Sicherung der Freiheit im Innern dem politisch motivierten Terror in unserem Land mit Festigkeit, aber ohne Hysterie begegnet sind. Es stünde schlecht um diese Freiheit, wenn wir den Forderungen derer nachgegeben hätten, die den Kampf für die Freiheit mit der - mindestens zeitweiligen - Aussetzung von Freiheitsrechten, ja sogar mit der Preisgabe von liberalen Grundsätzen unserer Verfassung führen wollten. Wir sind diesen rückwärtsgewandten Ratgebern nicht gefolgt und haben - alles in allem - bewiesen, daß unser Rechtsstaat auch mit schwierigen Herausforderungen fertig werden kann.

Der eigenständige Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zu einer weltweiten Politik der Entspannung und des Ausgleichs ist untrennbar verbunden mit dem Namen von Willy Brandt. Diese Politik hat dazu beigetragen, den Frieden sicherer zu machen und konkrete Erleichterungen für die Menschen in Europa zu bewirken. Wir wären heute hoffnungslos isoliert, wenn

es der CDU/CSU gelungen wäre, die deutsche Vertragspolitik zu blockieren und damit die Bundesrepublik zu einer Insel des Kalten Krieges in der weltweiten Entspannungspolitik zu machen.

Die soziale Stabilität unserer Gesellschaft blieb unerachüttert trotz der weltwirtschaftlichen Krisenerscheinungen; denn das von Sozialdemokraten ausgebaute Netz der sozialen Sicherheit fängt die schlimmsten Folgen für den einzelnen ab. Die Bundesrepublik Deutschland ist unter sozialdemokratischer Führung mit den von außen auf sie zukommenden Belastungen relativ am besten fertig geworden und hat dafür im Ausland hohe Anerkennung gefunden.

Das Motto des Parteitages weist weiter in die Zukunft. Sozialdemokraten stellen sich den Anforderungen der Gegenwart, sie unterstützen kraftvoll die Politik der Bundesregierung unter der Führung von Bundeskanzler Helmut Schmidt und wirken dadurch entscheidend mit an der weiteren Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Nicht zuletzt deshalb hat die SPD sich als einzige politische Partei in der Bundesrepublik der Aufgabe unterzogen, die mittelfristigen Entwicklungen zu erkennen, eine Vorausschau für die Jahre bis 1985 zu wagen und darauf fassend eine politische Orientierung für diesen Zeitraum zu erarbeiten. Dieser "Orientierungsrahmen '85" wird auf dem Mannheimer Parteitag verabschiedet werden.

Das Motto unseres Parteitages verdeutlicht den hohen Anspruch, unter den wir Sozialdemokraten unsere Arbeit stellen.

(-/3.11.1975/bgy/pr/ben)

+ + +

So nicht, Herr Carstens!  
-----

CDU/CSU-Fraktionschef mißachtet Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Von Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB  
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der Vorsitzende der Unions-Fraktion Prof. Dr. Karl Carstens handelt mit seinem Beitrag im CDU/CSU-Pressedienst offensichtlich nach dem Rezept, das der hessische CDU-Landesvorsitzende Dr. Alfred Dregger in Hamburg gegeben hat, als er forderte, "nicht nur Sachargumente zu gebrauchen, sondern durchaus auch Emotionen zu erwecken".

Prof. Carstens weiß ganz genau, daß die Koalitionsfraktionen ein Gesetz beschlossen haben, das die Handhabe gibt, Feinde der Demokratie aus dem Staatsdienst fernzuhalten. Einmal mehr gibt er zu erkennen, daß es ihm schwerfällt, sich an rechtsstaatlichen Prinzipien zu orientieren; früher sprach er von "juristischem Beiwerk", heute macht er in Diffamierung.

Es gibt zu denken, daß Dr. Carstens das Urteil des Bundesverfassungsgerichts mißachtet, wonach "ein Stück des Verhaltens, das für die geforderte Beurteilung der Pässlichkeit des Bewerbers erheblich sein kann, auch der Beitritt oder die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei sein kann, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt".

Wer Verfassungsgrundsätze beiseite schiebt, wer Urteile des Bundesverfassungsgerichts mißachtet, ist ein schlechter Ratgeber. Er kennzeichnet sich selbst.  
(-/3.11.1975/bgy/e)

+ + +

### Wieder Ordnung im Äther?

In Genf stehen wichtige Entscheidungen über die Rundfunkfrequenzen an

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Sämtliche Sendefrequenzen im Mittel- und Langwellenbereich neu zu verteilen, hat sich die Genfer Rundfunkkonferenz vorgenommen, die dort seit drei Wochen unter dem Dach der Internationalen Fernmelde-Union (UIT) tagt. Die 145 Mitgliedstaaten, die in der UIT durch ihre Post- und Telegrafenerwartungen vertreten werden, streben schier Unmögliches an. Sie wollen den "Wellensalat", der besonders ab Sonnenuntergang das Radiohören auf der Mittelwelle so verdrießlich macht, beseitigen und im Äther geordnete Verhältnisse wiederherstellen.

Bisher sind die Aussichten nicht rosig. Es wurden zehnmal so viel Frequenzen angemeldet als technisch möglich. Besonders die Entwicklungsländer und die Staaten des Ostblocks haben heimmungslos Forderungen erhoben, die das Chaos nur vergrößern könnten, wenn sie alle realisiert würden.

Niemand kann zur Stunde verbindlich sagen, mit welchem Ergebnis die Konferenz endet. Vielleicht geht man ohne Beschlüsse auseinander, vielleicht doch mit einem Abkommen. Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland befindet sich in keiner einfachen Lage. Sie soll für die deutschen Bundes- und Landesrundfunkanstalten den Besitzstand wahren und für die alliierten Sender in unserem Lande dazu. Bonn verhandelt für jene mit, rund die Hälfte der Frequenzen fällt auf ihr Konto.

Wenn man von der Kopenhagener Wellenkonferenz 1948 ausgeht, als die Bänder das letzte Mal offiziell verteilt wurden, kann man dem Begehren der Entwicklungsländer auf Zuteilung neuer Wellen nicht ohne weiteres widersprechen. Es bleibt die Frage, wieviel für sie angemessen wäre. Unser gut ausgebautes UKW-Netz können wir international nicht verstecken. Der Status quo gälte als

hervorragendes Resultat, mindestens eine gute Mittelwelle für jede Anstalt jedoch als unabdingbar.

Die Leitung unserer Delegation liegt beim Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, es wirken Vertreter der Länder und der ARD mit. Die Bunteckigkeit unserer Rundfunklandschaft, die aus der Einteilung militärischer Besetzungszonen 1944/45 herrührt, ist ein besonderes Problem. Der Immobilismus einzelner Länder, der bisher eine rationelle Gliederung blockierte, kann jetzt Auswirkungen haben. Vielleicht werden noch im November Entscheidungen getroffen werden müssen, weil das Schlußdatum der Konferenz das erzwingt. Dabei kann sich in der ARD mehr ändern, als in zwei Jahrzehnten an Reformen versucht wurde.

Über den Betrieb von Funkenlagen wird durch Bundesrecht entschieden, die innere Organisation und das Programm des Rundfunks sind Ländersache. Die Bundesregierung kann von der Pflicht, im Verkehr mit anderen Staaten Entscheidungen zu fällen, nicht entbunden werden, auch wenn diese nach innen wirken. Sie muß dabei den deutschen Interessen Vorrang lassen und die Bundesgesetze beachten. Soweit die Belange der Bundesländer tangiert werden, ist das Gemeinwohl und die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse der Maßstab, nach dem Entscheidungen getroffen werden. Fänden sich die Länder zu einem gemeinsamen Konzept bereit, würden sie der Bundesregierung ihre Verhandlungen erleichtern und der Sache dienen. (-/3.11.1975/w1/hh/ben)

+ + +

### Portugal braucht Europa

---

#### Kritische Anmerkungen zur Hilfsbereitschaft in der EG

"Europäer" haben es zur Zeit schwer in Portugal. Kommt die Rede auf Brüssel und die Europäische Gemeinschaft, dann zeigen viele Portugiesen die kalte Schulter. Und es sind beileibe nicht nur Kommunisten, die da sagen: Jahrelang habt Ihr Euch nicht um uns gekümmert, warum schert Ihr Euch jetzt um die Demokratie im Lande? Dieser Stolz ist verständlich, aber politisch gefährlich.

Die Männer um den portugiesischen Außenminister Melo Antunes kennen die tödlichen Gefahren, die Portugal junger Demokratie vom zunehmenden wirtschaftlichen Chaos drohen. Nicht zuletzt darum suchen sie die Hilfe der "Neun" - gegen die Widerstände vieler im Lande, die ihre Enttäuschung über das politische Versagen der europäischen Nachbarn im Hinblick auf das Salazar- und Caetano-Regime nicht vergessen können.

Den Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft ist die Abhängigkeit Portugals von der Brüsseler Kasse bekannt. Dennoch haben sie lange gezögert. Warum? Es ist in der belgischen Hauptstadt ein offenes Geheimnis, daß nicht alle EG-Staaten gleichermaßen an einem schnellen Fortgang der lautlosen Revolution am Tejo interessiert sind. Warum sollte Frankreichs Staatspräsident Giscard d'Estaing in Lissabon eine Richtung fördern, die er in Paris innenpolitisch bekämpft?

Das Ergebnis der Luxemburger Ratstagung in Sachen Portugal-Hilfe ist deprimierend. Vom 700 Millionen Rechnungseinheiten-Vorschlag (2,5 Milliarden DM) der Europäischen Kommission sind ganze 150 Millionen (rd. 450 Millionen DM) RE-Kredite übriggeblieben. Und das bei einem von Experten jährlich auf etwa eine Milliarde DM geschätzten Mindestinvestitionsbedarf! Ratsmitglieder verweisen Kritiker in diesem Zusammenhang gern auf einen ob des Ergebnisses "zufrieden heimreisenden Außenminister Antunes". Was hätten wohl Antunes zuhause gebliebenen politischen Gegner aus dem proeuropäischen Außenminister gemacht, wenn er nicht mit einem "guten Ergebnis" nach Lissabon zurückgekehrt wäre? Melo Antunes ist viel zu schlau, um seine wahren Gefühle auszudrücken, nämlich tiefe Enttäuschung.

Welches Gefühl indes mußte die Verhandlungsdelegation der Europäischen Kommission, die sich in Lissabon zur Klärung technischer Details aufhielt, beschließen haben, als der Delegationschef vor der portugiesischen Presse erklärte, der 150-Millionen-Kredit könne "achon" Mitte 1976 ausgezahlt werden?

Das traurige Fazit: Der Pariser Regierung muß man politisches Talent bescheinigen. Sie hat die Portugal-Hilfe mit Erfolg verzögern helfen. Die Bundesregierung indes wird von manchen gefragt werden, ob sie alles ihr Mögliche getan hat, damit jenen politischen Kräften in Lissabon der Rücken gestärkt wird, die allein imstande sind, das politische Klima zu schaffen, das ausländische Investoren anzieht und zugleich die demokratische Entwicklung des Landes in gesicherten wirtschaftlichen Verhältnissen ermöglicht. Das bilaterale Hilfsprogramm der Bundesrepublik in Höhe von 70 Millionen DM kann dazu nur ein Anfang sein.

Peter F. Ruthmann  
( /3. 11. 1975/wi/pr/hh)

+ + +